

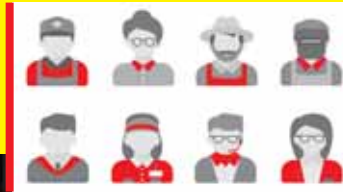
Sozialismus

www.Sozialismus.de

Alban Werner:
Was tun gegen die AfD?



J. Bischoff/B. Müller:
Mitte und Normalarbeit



G. Peter/A. Georg: Selbst-
WertGefühl und Arbeit 4.0

E. Schleiter: Das Geschäft
mit den alten Menschen

**Forum
Gewerkschaften**

Riexinger, Ernst, Arenz/
Dreibus, Wendl: LINKE

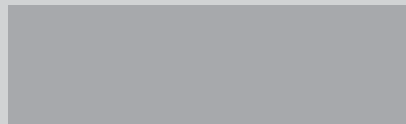


Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf www.sozialismus.de

Der Skandal



Flüchtlingsdeal versus Pressefreiheit: diese Entscheidung ist ein Skandal. Die Bundeskanzlerin, die schon gegenüber dem türkischen Ministerpräsidenten das »Schmähgedicht« des Satirikers Jan Böhmermann als »bewusst verletzend« bezeichnet hat, »ermächtigte« die Justiz nun gegen diesen vorzugehen. ...

»Brexit« oder EU-Reform?



In Großbritannien beginnt die offizielle Kampagne für das EU-Referendum, über das am 23. Juni abgestimmt wird. Es sieht nach einem knappen Abstimmungsergebnis aus. Die Befürworter einer EU-Mitgliedschaft Großbritanniens haben in den letzten Wochen aufgeholt. ...

Oh, wie schön ist Panama



Die »Panama Papers« sind das Resultat einer großen internationalen Recherche, bei der Journalisten aus über 80 Ländern mehr als elf Millionen Dokumente zu Briefkastenfirmen analysiert haben. Deren Auswertung zeigt, dass viele im Auftrag von aktuellen und früheren Staatschefs, weiteren Spitzenpolitikern sowie Prominenten eingerichtet und betreut wurden. ...

Kalter Staatsstreich?

»Die ganze politische Klasse ist involviert«
Camila Moreno im Gespräch mit Ulrich Brand
über die aktuelle Situation in Brasilien 2

AfD und Schutzsuchende: Was tun?

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Rechtspopulismus, das »wahre Volk« und Fremdenfeindlichkeit 8

Alban Werner:
Wie man die AfD bekämpfen sollte – und wie nicht 12

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:
Flüchtlingsmigration: eine Chance zur Stärkung des Gemeinwesens 16

Die Folgen wachsender Ungleichheit

Joachim Bischoff/Bernhard Müller:
Schrumpfende Mitte und Normalarbeit 22

Welche Strategien braucht die Linke?

Bernd Riexinger: Für eine Revolution der Gerechtigkeit. Herausforderungen der LINKEN im Kampf gegen Neoliberalismus und Rechtspopulismus 28

Klaus Ernst: Eine Linke, die die Machtfrage nicht stellt,
macht sich überflüssig 36

Horst Arenz/Werner Dreibus: AfD-Wähler – alles Nazis aus der Mitte?
Thesen zu aktuellen Debatten in der Partei DIE LINKE 39

Michael Wendt: Linker Nationalismus und konservative Kapitalismuskritik
(zu Sahra Wagenknechts neuem Buch »Reichtum ohne Gier«) 43

Forum Gewerkschaften

Arno Georg/Gerd Peter: Selbstwertgefühl und Arbeit 4.0
Wie man bei einer neuen Humanisierungslogik ansetzen sollte 47

Otto König/Richard Detje: Tarifpolitik für alle
Den Sinkflug der Tarifbindung stoppen 53

Erhard Schleitzer: Das Geschäft mit den alten Menschen
Investmentgesellschaften dominieren die Altenpflege 57

Aus der Geschichte lernen

Jörg Wollenberg: Le Vernet war ihr Schicksal
Willy Gengenbach und die vergessenen Spanienkämpfer im KZ Le Vernet 63

Claus Armann: Frauen gemeinsam sind stark!
(zu Ingrid Baucher, »Tschikweiber haums uns g'nennt«) 66

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 65

Veranstaltungen & Tipps 68

Klaus Schneider: Wild (Filmkritik) 69

Rechtspopulismus, das »wahre Volk« und Fremdenfeindlichkeit

von | Joachim Bischoff und Bernhard Müller



Franke Petry und Alexander Gauland, 7.9.2015, Berlin (dpa)

In fast allen Ländern Europas legen seit einigen Jahren Parteien mit populistischem Anstrich in der Gunst der Wähler deutlich zu.¹ Jetzt hat sich mit der rechtspopulistischen »Alternative für Deutschland« (AfD) auch in der Bundesrepublik ein solcher politischer Akteur festgesetzt und stößt unter den WählerInnen auf viel Zustimmung. Nach ihren Erfolgen bei den Landtagswahlen im März, setzt die AfD ihren Vormarsch fort.

In den aktuellen Umfragen für die Bundesebene liegt der Zuspruch zwischen 11% und 14%. Der Erfolg in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und vor allem Sachsen-Anhalt wird von fast der Hälfte der Bevölkerung mit Genugtuung quittiert und als Denkmittel für die etablierten Parteien eingeordnet. Bemerkenswert: Vergleicht man die AfD von 2013 (Gründungsjahr) bei den Bundestagswahlen oder bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 mit dem aktuellen politischen Angebot, tritt

der rechtspopulistische Charakter deutlich hervor.²

Seit kurzem ist der Entwurf eines Bundesprogramms öffentlich, über den Ende April auf einem Parteitag entschieden wurde. In diesem Entwurf gibt es einen Abschnitt mit dem Titel: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland« – ein Satz, der die Worte des früheren Bundespräsidenten Wulff umdreht. Die Bedeutung des Abschnitts wurde im Vorfeld durch Interventionen der stellvertretenden Vorsitzenden Beatrix von Storch und Alexander Gauland unterstrichen, die zugespitzt sagen: Die Islamisierung Deutschlands sei eine Gefahr (wir kommen weiter unten noch darauf zurück). Andere führende AfD-Politiker wehren sich gegen eine zu starke Anti-Islam-Ausrichtung der Partei. Wie auch in anderen politischen Fragen prallen hier unterschiedliche Begründungen und Ideologien aufeinander. Abgesehen von der Frage, inwieweit der Islam – ähnlich wie den christlichen Konfes-

sionen und dem Judentum – institutionelle Rechte in der Bundesrepublik zugestanden bekommen sollte, ist diese Differenzierung von Religion und politischer Ideologie strittig.

Rechter Populismus als Gesamtanschauung

Wie auch immer der Parteitag in diesem Punkt oder bei den strittigen Fragen der Privatisierung der Arbeitslosenversicherung oder des Steuerrechts entschieden hat: In der Entwicklungsrichtung wird eine Kernbotschaft sichtbar, die die Zuordnung zum rechten Populismus begründet. Klar ist, die »Alternative für Deutschland« will die Bundesrepublik und Europa radikal verändern. In der Berliner Republik habe sich ein Kartell aus Politikern und Parteien, aus wirtschaftlicher Elite und Medien die Macht unter den Nagel gerissen. Der Souverän – das Volk – müsse gegen das »Establishment« aufstehen und den Interessen

des »wahren Volkes« wieder Geltung verschaffen.

Der Hauptgrund für die massive Ausbreitung des rechten Populismus in den kapitalistischen Ländern ist die massive Kritik am politischen und wirtschaftlichen Establishment. Der an den »wahren Interessen« oder der »Identität des Volkes« ansetzende Anspruch bedeutet, dass sich die rechten Populisten auch nicht mit anderen politischen Parteien auf einer Stufe sehen. Zu Recht betont der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller: »Populisten behaupten: ›Wir sind das Volk!«. Sie meinen jedoch – und dies ist stets eine moralische, keine empirische Aussage (und dabei gleichzeitig eine politische Kampf-ansage): ›Wir – und nur wir – repräsentieren das Volk«. Damit werden alle, die anders denken ... als illegitim abgestempelt ... Alle Populisten sind gegen das Establishment – aber nicht jeder, der die Eliten kritisiert, ist ein Populist. Populisten sind zwangsläufig antipluralistisch; wer sich ihnen entgegenstellt und ihren moralischen Anspruch bestreitet, gehört automatisch nicht zum wahren Volk.«³

Aus unserer Sicht sollte bei der Diskussion über den Rechtspopulismus dieser identitäre Anspruch – das »wahre Volk« – ernst genommen werden und seine VertreterInnen nicht auf eine Stufe mit anderen Parteien gestellt werden. Der Versuch, das vergleichsweise neuartige Phänomen des rechten Populismus in Europa, also seine Programmatik oder Ideologie nur auf spezifische sozio-ökonomische Interessen von Wählergruppen zurückzuführen, geht ins Leere, weil die Gegenüberstellung von Volk und Eliten nicht an bestimmten politischen Maßnahmen festgemacht werden kann. »Ein jüngst in Flandern durchgeführte Untersuchung kommt zu dem Schluss, es sei nicht die individuelle wirtschaftliche Lage (oder auch die Einschätzung der eigenen Lebenssituation insgesamt), welche die Wähler populistischer Parteien motiviere, sondern die Beurteilung der gesamtgesellschaftlichen Zustände ... entscheidend ist vielmehr die Einschätzung, mit dem Land als Ganzem gehe es bergab, die Eliten kümmerten sich nicht oder seien inkompetent.«⁴

Auch die bundesdeutsche rechtspopulistische AfD bestätigt in ihrem Programmwurf diesen Kern: Sie stellt eine unüberbrückbare Konfrontation von Volk und Establishment heraus. Marc Jongen, stellvertretender Vorsitzender der AfD Baden-Württemberg, der den Ruf eines »Vordenkers« genießt, fasst die »Gesamtanschauung« in drei Punkten zusammen:

■ »Zum einen sind wir in Europa einem demografischen Schrumpfungprozess ausgesetzt. Zum anderen hat die Banken- und Währungskrise gezeigt, dass die alte Allianz zwischen Finanzkapital und Bürgertum nicht mehr existiert. Die europäischen Regierungen haben die Schulden privater Banken in Staatsschulden umgewandelt, die steuerzahlende Bevölkerung wurde damit für die Fehler einer verantwortungslosen Spekulantenkaste in Haftung genommen. In der Flüchtlingskrise setzt die deutsche Bundesregierung jetzt auf eine Politik der offenen Grenzen und verstärkt diese Zerfallsprozesse damit noch massiv.«

■ »Die Demokratie (hat) sich unversehens in eine Regierungsform verwandelt, in der zwar an der Oberfläche alle demokratischen Institutionen erhalten bleiben, in der aber die Entscheidungen längst von anderen Instanzen getroffen werden und der reale Einfluss der Bürger auf das Regierungsgeschehen gegen null tendiert.«

■ »In Wahrheit ist es so, dass die Regierenden eine Sabotage der Staatsmacht betreiben und so die Anarchie befördern ... Wie zum Rechtsstaat muss auch zum staatlichen Gewaltmonopol zurückgekehrt werden. Wir fordern die Aufstockung der Polizei, die fast zu Tode gespart worden ist.«⁵

Ob Front National, UKIP, Lega Nord, FPÖ oder »Alternative für Deutschland«: Rechtspopulistische Bewegungen gewinnen in Europa an Einfluss, weil die Parteien des bürgerlichen Lagers und der europäischen Sozialdemokratie, die die Gesellschaft und ihre Machtverhältnisse geprägt haben, erstarrt, wenn nicht gelähmt, sind. Die Symptome sind eindeutig: konzeptionelle Schwäche, wachsende Hilflosig-

keit bei der Mängelverwaltung und ein wachsendes Amalgam von Bereichertrieb sowie offenkundiger Korruption. Die Parteiapparate erweisen sich als geschlossene Systeme mit verbrauchten Figuren, die angesichts wachsender sozialer Spaltungen den Kontakt mit der gesellschaftlichen Basis verlieren. Beide Parteienfamilien haben keine überzeugenden Antworten auf das schwächelnde Wirtschaftswachstum, die wachsende Kluft in den Verhältnissen und den Niedergang der öffentlichen Infrastruktur.

Thomas Fricke stellt mit Verweis auf die Studie »Politics after Financial Crisis, 1870-2014«⁶ zu Recht fest: »Mit dem Finanzdebakel und seinen Nachwehen lässt sich nicht alles erklären, aber doch eine Menge jenes Unmuts, den die Trumps, Le Pens und Petrys heute für sich nutzen: ob über Nullzinsen, überforderte Politiker, irre Ungleichheit oder unglaublich gewordene Wirtschaftsexperten – nur dass sie dafür gar keine Lösungen haben.«⁷

Die gern bemühte Hypothese, dass vor allem die unteren sozialen Schichten für diesen massiven Legitimitätsverlust des politischen Systems verantwortlich seien, ist empirisch nicht belegt. Der Sachverhalt ist komplizierter: Auch

Joachim Bischoff ist Mitherausgeber, *Bernhard Müller* Redakteur von *Sozialismus*.

¹ Neuerdings prägt der rechte Populismus auch das politische Feld in den USA. Die WählerInnen von Donald Trump sind nicht fundamentalistische Mitläufer der Tea-Party-Bewegung, es sind in der Regel AmerikanerInnen aus den Mittelschichten, die die Überzeugung aufgegeben haben, dass das politische Establishment sich um ihre Anliegen kümmert. Verschiedene Untersuchungen belegen, dass diese Bevölkerungsgruppe – weiß, mittlerer Bildungsgrad, in den besten Jahren – den harten Kern der Trump-AnhängerInnen ausmacht. Ihnen ist gemein, dass sie sich verraten fühlen. Sie haben hart gearbeitet, doch der Erfolg, der ihnen vom »American Dream« versprochen wurde, ist ausgeblieben.

² Vgl. dazu unseren Beitrag »AfD-Wähler – bloß verirrt oder verwirrt Systemkritiker?« in *Sozialismus* 4-2016, S. 15-19.

³ Jan-Werner Müller, Was ist Populismus Frankfurt 2016, S 19.

⁴ Ebd., S. 34

⁵ Marc Jongen, »Wir müssen wehrhafter werden«, Interview mit Martin Helg in der *NZZ* am Sonntag vom 13.3.2016.

⁶ Manuel Funke/Moritz Schularick/Christoph Trebesch, Going to Extremes: Politics after Financial Crisis, 1870-2014, CESIFO Working Paper No. 5553, München Oktober 2015.

⁷ Spiegel online vom 20.4.2016.

die untere soziale Schicht ist vom Establishment enttäuscht, verspricht sich aber von Wahlen keine Besserung mehr. Europaweit gilt: Je prekärer die sozialen Lebensverhältnisse, desto geringer ist die Wahlbeteiligung. Das politische System Europas basiert auf einer tiefen sozialen Spaltung und die demokratische Willensbildung wird zu einer immer exklusiveren Veranstaltung der BürgerInnen aus den mittleren und oberen Sozialmilieus der Gesellschaften, während die sozial schwächeren Milieus deutlich unterrepräsentiert bleiben. Die Ergebnisse von Langzeituntersuchungen in westlichen Demokratien belegen insgesamt: Mit der sozialen Ungleichheit wächst auch die politische Ungleichheit, zunächst im Sinne ungleicher Partizipation. Es kommt zu einer »Wirkungskette aus wachsender sozialer Ungleichheit, ungleicher politischer Partizipation und schließlich Entscheidungen zugunsten der politisch Aktiven ..., in deren Folge die Nichtbeteiligten benachteiligt werden.«⁸

Seit Jahrzehnten steht die gesellschaftliche Mitte durch sozio-ökonomische Tendenzen unter Druck und beklagt sich über unzureichende sozialpolitische Abfederung. Vor allem die untere Mittelschicht setzt diesen Frust in rechte Stimmungen und politischen Protest um.

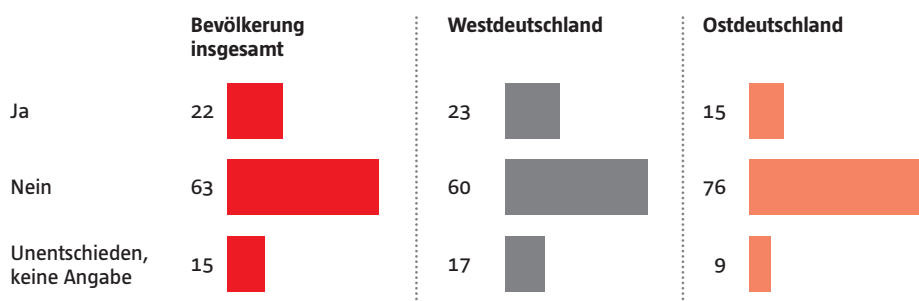
Flüchtlinge und Anti-Islamismus

Die zügige Aufholbewegung des Rechtspopulismus (AfD) und die damit verbundenen Verschiebungen in der Parteienlandschaft in Deutschland sehen Meinungsforscher in Verbindung mit der Flüchtlingsdebatte. Die im Bundestag vertretenen Parteien hätten auf die höheren Flüchtlingszahlen mit großer Übereinstimmung reagiert. Gleichzeitig aber sei dieser Kurs von der Mehrheit der BürgerInnen zu keinem Zeitpunkt unterstützt worden. In einer bedeutenden Frage sei damit eine Kluft zwischen weiten Teilen der Bevölkerung und den etablierten Parteien entstanden.

Die AfD verdankt ihren Erfolg zudem einer Aktivierung des Syndroms »Rassismus und Fremdenfeindlichkeit«. Dabei spielt die Warnung vor einer »Is-

Abb. 1: Islam in Deutschland

Gehört der Islam zu Deutschland? (Ja, Nein, Unentschieden – im Ost-West-Vergleich, Angaben in %)



Quelle: Allensbach Archiv | IFD-Umfrage

lamisierung« des Landes eine zentrale Rolle. Mit ihren Positionen zum Islam und zur religiösen Praxis der Muslime in Deutschland polarisiert die rechte Partei ebenso wie in der Flüchtlingsdebatte. Die Leiterin des Forschungszentrums Globaler Islam an der Frankfurter Goethe-Universität, Susanne Schröter, sagt zum AfD-Programm, »dass es von einer dramatischen religionswissenschaftlichen, politikwissenschaftlichen, historischen und theologischen Unkenntnis zeugt, sowie Halbwahrheiten verdreht und mit gängigen Vorurteilen vermenget«.

Teile der Partei versuchen sich als »Anti-Islam-Partei« zu profilieren. Für den AfD-Vizechef Alexander Gauland passt der Islam nicht in die westliche Gesellschaft. »Ich glaube einfach, dass der Islam in seiner heutigen Form nicht integrierbar ist in eine westliche Gesellschaft, viele Einzelne schon, der Islam nicht«. Er wolle nicht in einer muslimischen Gesellschaft leben. »Dafür haben wir schließlich 1683 die Türken vor Wien aufgehalten.« Gauland und die andere stellvertretende Vorsitzende, Beatrix von Storch, haben den Islam als nicht mit dem Grundgesetz vereinbar erklärt. Er sei ein »Fremdkörper« in Deutschland, der hier »keine Heimat finden« könne.

Die AfD greift mit ihrem »Anti-Islam-Kurs« geschickt Ressentiments in der Mehrheitsbevölkerung auf. So glauben laut einer Umfrage des Allensbach-Instituts für Demoskopie zwei von drei Deutschen, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört.⁹ Nur 22% der Befragten stimmen der These »Der Islam gehört zu Deutschland« zu. In Ostdeutschland ist die Ablehnung dabei mit

75% noch höher als im Westen mit 60%. Die Skepsis zieht sich durch alle Altersgruppen. Jüngere zeigten sich zwar aufgeschlossener, aber auch in der jüngsten Altersgruppe liegt die Ablehnung noch bei 55%. Selbst unter den Anhängern der Grünen sei eine relative Mehrheit der Meinung, der Islam gehöre nicht zu Deutschland, ergab die zitierte Studie.

Diese Zunahme von Ressentiments und Ängsten muss vor dem Hintergrund eines wachsenden Widerspruchs in der Bevölkerung über die Konsequenzen des Zustroms an Flüchtlingen und der unübersehbaren Defizite des Staatsapparates gesehen werden, was sich in eine anwachsende Sympathie und Unterstützung für Positionen der Ab- und Ausgrenzung umsetzt. Dieses Anwachsen der fremdenfeindlichen Ressentiments – im Besonderen gegenüber Flüchtlingen aus islamisch geprägten Ländern – führt zu einer Belebung der rechtspopulistischen Protestbewegungen.

Zu der spezifischen Konstellation von Bedingungen, unter denen der Rechtspopulismus als politische Kraft gedeihen kann, gehören zentral die Existenz und massenhafte Verbreitung von rassistischen Vorurteilsstrukturen. Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind zwei wesentliche Faktoren für rechtsextreme Mentalitäten.

Anders als früher ist der Antisemitismus heute ein zwar gewichtiges, aber untergeordnetes Moment des rechtspopulistischen Bewusstseinssyndroms. Bedeutendster Faktor sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts Fremdenfeindlichkeit und Anti-Islamismus. Die Fremden sind zum Hauptkristallisationspunkt der Verunsicherung und Zukunftsängste geworden, ausgelöst vor allem durch die

weltweiten Migrationsbewegungen, die in den entwickelten Industrieländern zu einer nachhaltigen Veränderung der ethnischen Bevölkerungszusammensetzung geführt haben.

Die Islamfeindlichkeit hat eine charakteristische Ausprägung: Die Befragten sehen »den Islam« nicht mehr nur als Chiffre für einen amorphen kulturellen und gesellschaftlichen Verfall und die Bedrohung durch ein vermeintlich »Fremdes«. Eine zunehmend wichtigere Rolle spielt auch die tatsächliche Religionsgemeinschaft, also praktizierende Moslems bzw. deren »nordafrikanisch-arabischer Kulturkreis«.

Befunde bisheriger Studien zur sozialen Zusammensetzung der Demonstranten oder zum Stellenwert des Motivs der »Islamisierung« stimmen überein: Xenophobie und Islamophobie sind die Kristallisationspunkte gemeinsamer Empörung von PEGIDA-Demonstrationen. Zentrales Motiv ist aber die große Unzufriedenheit mit Politik und PolitikerInnen. Gerade in der Positionierung zur Flüchtlingsdebatte wird dies deutlich.¹⁰

Grundsätzlich äußern viele Befragte eine gewisse Hilfsbereitschaft gegenüber Flüchtlingen – ausgenommen denjenigen aus islamischen Regionen: Hier wird von 45% eine klare Differenzierung gefordert. Und immerhin 41% sprechen grundsätzlich allen Menschen ein Recht auf deutsches Asyl ab. Im Vergleich der letzten Monate hat sich der Ton hier deutlich verschärft. 94% der PEGIDA-Demonstranten plädieren angesichts der Flüchtlingsdebatte für autoritäre Krisenlösungen und 82% fordern die »Befestigung und Verteidigung« der deutschen Nationalgrenzen.

AuswanderInnen sind augenfälliger Ausdruck eines Wandels der Lebenswelt: fremde Gesichter, andere Sprachen, Religionen und Bräuche – inmitten des Alltags, in einer, so glauben manche, eigentlich homogenen Gemeinschaft. Von daher tendieren die rechtspopulistischen Parteien zu Fremdenfeindlichkeit und Anti-Islamismus. Die Zuwanderung muss als Problemtitel und Feindbild für einen gesellschaftlichen Wandel herhalten, der in seinem Tempo auch ohne Migration viele Menschen befremdet.

Wertewandel, Individualisierung und Pluralismus der Lebensstile, wo zum Beispiel neben das klassische Ehe- und Familienmodell andere Lebensformen getreten sind, schaffen eine tiefgehende, aber diffuse Verunsicherung, ein Unbehagen, das nach einem äußeren Grund, nach einem Sündenbock verlangt. Die meisten WählerInnen der AfD sagen, nach ihren Motiven befragt, dass für sie das Thema Zuwanderung wichtiger ist als das bisher in der offiziellen Programmatik dominierende Thema Währungsunion/Euro.

Ausländerfeindlichkeit im Allgemeinen, Islamophobie im Besonderen gehören deshalb zu den Ingredienzien des europäischen Rechtspopulismus von Kopenhagen bis Rom, von Paris bis Budapest. Hinzu kommt eine ablehnende Haltung gegenüber der EU wie Europa insgesamt, verbunden mit einer tief sitzenden Skepsis oder gar aggressiven Ablehnung gegenüber der politischen Klasse. Soziale Unsicherheit verbindet sich bei den AnhängerInnen rechtspopulistischer Parteien mit verbreiteten Stereotypen und Vorurteilen.

Gerade in den sozio-ökonomischen Mittellagen der europäischen Gesellschaften ist eine wachsende Anfälligkeit für solche Haltungen zu beobachten. Vor dem Hintergrund der Erosion der eigenen gesellschaftlichen Stellung wird hier deutlich gegen eine vermeintliche »Einwanderung« in die nationalen Sicherungssysteme Position bezogen. Gegen den kritisch beurteilten sozialen Wandel wird einmal mehr versucht, das Nationale als schützendes Bollwerk zu mobilisieren.

Rechtspopulistische Parteien punkten in ihren jeweiligen Ländern vor allem mit drei Themen:

- einer teils tief sitzenden Verachtung gegenüber den bisherigen politischen Klassen und wirtschaftlichen Eliten;
- der Ablehnung der Europäischen Union und der bisher verfolgten Austeritätspolitik;
- der Forderung, die nationalen Sozialsysteme gegenüber MigrantInnen, »Arbeitsunwilligen« und vor allem Flüchtlingen abzuschotten. Seit 1945 gibt es weltweit nicht so viele Flüchtlinge wie aktuell.

Hinzu kommt, dass das Thema »Is-

lasmus« durch die weltpolitische Lage in das Problembewusstsein der Öffentlichkeit rückt. Rechtspopulisten greifen dieses Thema auf und stellen bewusst einen Zusammenhang zwischen Religion und diversen aggressiven politischen Strategien her. In ganz Europa breitet sich Hass gegenüber Fremden und Muslimen aus – wobei auch der Antisemitismus in neuen Formen wieder Gewicht erhält. Die Zunahme von kriegerischen Konflikten, Gewalt sowie die Ideologie des »Schocks der Zivilisationen« nähren Verunsicherung und Angst, auch wenn de facto Muslime in vielen Regionen die ersten Opfer des islamistischen Fanatismus sind.

Auch wenn die Zahl der Schutzsuchenden in den nächsten Monaten weiter zurückgeht, wird ihre Integration in die Gesellschaft ein Dauerthema in Deutschland und Europa bleiben. Dass Schutzsuchende zur Projektionsfläche für Ängste und Ressentiments werden können, hat mit tiefer liegenden ökonomisch-sozialen Problemlagen zu tun.

Die Erosion der gesellschaftlichen Mitte und die daraus resultierenden Abstiegsängste sind in vielen Studien nachgewiesen. So kann auch für Deutschland eine drastisch gesunkene Einkommensmobilität festgestellt werden, worauf Dorothee Spannagel im WSI-Verteilungsbericht 2015¹¹ hingewiesen hat. »Eine Verfestigung der Verteilung zementiert Ungleichheitsstrukturen und beschneidet Chancengleichheit in einem erheblichen Maß. Genau das aber ist der große Trend, der sich in Deutschland seit einigen Jahrzehnten abzeichnet.« Solange diese Trends nicht politisch bearbeitet werden und das Vertrauen in das politische System weiter sinkt, wird der Rechtspopulismus seinen Nährboden finden.

⁸ Arnim Schäfer, Der Verlust der politischen Gleichheit. Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Köln 2015, S. 89.

⁹ John-Stuart-Mill-Institut für Freiheitsforschung e.V., Wie halten es die Deutschen mit der Freiheit? Schwerpunkt Westliche Werte, Heidelberg, Oktober 2015.

¹⁰ Zu den Einstellungen zum Islam und zu Muslimen siehe die Abbildungen 4 und 5 auf S. 12 in unserem Beitrag in Heft 4-2016.

¹¹ Dorothee Spannagel, Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück, in: WSI Verteilungsbericht 2015, WSI Report Nr. 26, November 2015.

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
 - Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
 - Internationales/Krieg & Frieden
 - Buchbesprechungen/Filmkritiken
 - sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen
- ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie ABC Mandel Roth

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als
Postkarte
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de

